



Dr. Stefan Bach, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin

## SECHS FRAGEN AN STEFAN BACH

# »Staatliche Umverteilung reduziert Ungleichheit der Haushaltseinkommen«

1. Herr Bach, Sie haben die Wirkungen des Steuer- und Transfersystems auf die Einkommensverteilung in Deutschland analysiert. Wie sind die Einkommen in Deutschland verteilt? Die Markteinkommen, also die Erwerbs- und Kapitaleinkommen, sind sehr ungleich verteilt. Die Bruttoeinkommen, also Markteinkommen plus Transferleistungen wie zum Beispiel die Rente, sind immer noch relativ ungleich verteilt. Davon müssen noch Sozialbeiträge und Einkommensteuer bezahlt werden. Da vor allem die Einkommensteuer stark progressiv wirkt und überdurchschnittlich von wohlhabenderen Bürgern gezahlt wird, sind die Nettoeinkommen deutlich gleichmäßiger verteilt. Per saldo führt das dazu, dass die unteren 60 Prozent der Bevölkerung etwas vom Staat bekommen, während die reicheren 40 Prozent an den Staat bezahlen.
2. Wie groß ist die Umverteilungswirkung der staatlichen Steuer- und Transferleistungen auf die privaten Haushalte? Gemessen am Gini-Koeffizienten als Maß für Ungleichheit haben wir eine beträchtliche Umverteilung in Deutschland. Auf der Ebene des Markteinkommens messen wir noch einen relativ hohen Ungleichheitswert von 0,5, der auf Ebene des verfügbaren Haushaltseinkommens auf 0,29 zurückgeht. Man sieht aber auch, dass ein erheblicher Teil dieser Umverteilung auf das staatliche Rentenversicherungssystem zurückzuführen ist. Bei der Rentenversicherung zahlt man im Laufe des Erwerbslebens Beiträge ein, die man im Alter als Rentenversicherungsleistungen zurückbekommt. Das ist insofern eine Versicherung, bei der über die Lebensspanne gerechnet keine große Umverteilung stattfindet. Wenn man diese Dimension aus der gesamtstaatlichen Umverteilungswirkung herausrechnet, reduziert sich die gesamte staatliche Umverteilung auf etwa die Hälfte.
3. Welche Leistungen des Staates haben im staatlichen Transfersystem das größte Gewicht? Die Gesetzliche Rentenversicherung hat von der gesamtwirtschaftlichen

Dimension her den größten Anteil an den staatlichen Sozialleistungen. Im Hinblick auf die Umverteilung wirkt sie jedoch längerfristig nicht stark umverteilend, soweit die Bürger in der Vergangenheit für diese Leistungen Beiträge gezahlt haben. Ein Teil der Rentenversicherung entfällt jedoch auf die sogenannten versicherungsfremden Leistungen, für die keine Beiträge gezahlt werden mussten und die damit Teil des staatlichen Umverteilungssystems sind. Eine große Umverteilungswirkung hat darüber hinaus die staatliche Grundsicherung, also Hartz IV und die Grundsicherung im Alter, denn die wird komplett aus Steuermitteln bestritten.

4. Wie viel Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden jährlich für staatliche Transferleistungen ausgegeben? Staatliche Transferleistungen sind der größte Budgetposten im gesamten Staatshaushalt. Dafür werden jedes Jahr 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben. Hinzu kommen noch Sachleistungen des Staates im Rahmen der Sozialversicherung, wie etwa die Gesundheitsfürsorge. Also man sieht schon, dass der Sozialstaat eine große Dimension in der gesamten Volkswirtschaft hat.
5. Wie hat sich die Höhe der Sozialleistungen in den letzten Jahren entwickelt? In Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist die Sozialleistungsquote relativ konstant. Das liegt an dem großen Gewicht der Rentenversicherung. Es gibt dabei im Konjunkturverlauf natürlich gewisse Schwankungen. Da wir in Deutschland aber die letzte scharfe Konjunkturkrise nach der Finanzkrise relativ schnell überwunden haben, hat das kaum Spuren in den Sozialleistungen hinterlassen.
6. Wie zielgenau sind die staatlichen Transfers? Kommen sie wirklich denen zugute, die sie brauchen? Die Grundsicherungsleistungen, also Hartz IV und Grundsicherung im Alter, sind natürlich schon sehr zielgenau auf die Armen zugeschnitten. Hier gibt es eine Bedürftigkeitsprüfung. Daneben haben wir aber auch Transfers wie etwa das Kinder- oder das Betreuungsgeld. Ob hiermit tatsächlich immer die Ziele der staatlichen Familienpolitik erreicht werden, ist umstritten.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
82. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Andreas Harasser  
Sebastian Kollmann  
Dr. Claudia Lambert  
Marie Kristin Marten  
Dr. Anika Rasner  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Kristina van Deuverden  
Dr. Johannes Geyer

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
presse@diw.de

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.